

Familienministerin Aschbacher gefährdet Familien in Österreich

Trotz Corona-Krise kürzt die Familienministerin das Budget für die Familienberatung

Um die psychosoziale Versorgung von Familien in Österreich zu sichern, hat die Regierung von ÖVP und GRÜNEN im Regierungsprogramm vereinbart, „niederschwellige Familienberatungsangebote“ in Österreich auszubauen. Dazu bedarf es, so das Regierungsprogramm, einer „substantiellen Aufstockung“ des Budgets für die gesetzlich verankerte Familienberatung. Familienministerin Aschbacher unterläuft die Umsetzung dieses Regierungsvorhabens, indem sie an der Kürzung des Budgets ihrer Vorgängerin festhält.

Der Slogan des Bundeskanzlers „Koste es, was es wolle!“, um die Corona-Pandemie zu bewältigen, gilt scheinbar nicht für durch die Pandemie in Krisen geratene Familien.

2017 betrug das Bundesbudget für die gesetzlich verankerte Familienberatung € 13,1 Millionen. Aus unverständlichen Gründen hat die Familienministerin der ÖVP-FPÖ Regierung Bogner-Strauß das Budget um € 1 Million gekürzt. Die Folgen waren bedrohlich: 18.000 Kinder, Jugendliche, Frauen, Männer, Paare und Familien waren davon betroffen! 26.000 Beratungsstunden mussten eingespart werden! Ein massiver Aufschrei des Dachverbands Familienberatung bewirkte, dass Bogner-Strauß 50% der Kürzung aus Budgetmitteln des Familienressorts kompensierte. Somit betrug 2018/2019 das Budget der Familienberatung € 12,6 Millionen – das entspricht gegenüber 2017 noch immer einer Kürzung von einer halben Million Euro. Familienministerin Aschbacher bleibt bei der Kürzung und konterkariert somit das Regierungsprogramm.

Bereits in der sogenannten „Normalität“ vor Corona leisteten die rund 400 Familienberatungsstellen in Österreich einen unverzichtbaren und unermesslich wichtigen Beitrag für die psychosoziale Gesundheitsversorgung von Familien in Österreich. Jährlich werden ca. 230.000 Kinder, Jugendliche, Frauen, Männer, Paare und Familien professionell, anonym und kostenfrei beraten und begleitet.

In Zeiten der Corona-Pandemie, sind viele Menschen zusätzlich psychisch, sozial und körperlich schwerwiegend belastet. Studien zeigen, dass die Zahl an Depressionen und Angstzuständen belasteter Menschen deutlich angestiegen ist. Die Familienberatung leistet in diesen herausfordernden Zeiten einen wichtigen systemrelevanten Einsatz für den Zusammenhalt und die Stabilität von Familien in Österreich und damit für die gesamte Gesellschaft.

Tragfähige Familien gehören zum Fundament unserer Gesellschaft. Stabile Familienformen geben Halt, Sicherheit und Geborgenheit. Durch die Fürsorge und Verantwortung, die in Familien füreinander übernommen werden, tragen sie wesentlich zu einer stabilen Gesellschaft bei. Es ist die Aufgabe der Politik, die erforderlichen Rahmenbedingungen zu schaffen, damit Familien in Österreich weiterhin gestärkt werden, um – insbesondere in problematischen Zeiten – den Alltag und die Herausforderungen des Lebens bestmöglich meistern zu können.

Viele Familienberatungsstellen haben während der Ausgangsbeschränkungen auf Telefonberatungen, Online-Beratungen und Beratungen per Video-Telefonie umgestellt und waren bzw. sind weiterhin für alle Hilfesuchenden erreichbar. Seit Ende des „Lockdowns“ gibt es auch

wieder physische face-to-face Beratungen. Es ist und bleibt nicht nachvollziehbar, warum die Familienministerin in einer derart massiven Krise die österreichweiten Angebote der Familienberatung der breiten Öffentlichkeit nicht bewusst gemacht und angeboten hat.

Fachleute konstatieren, dass in den ersten Wochen der Pandemie Menschen ihre persönlichen Ressourcen aktivieren und Bewältigungsstrategien entwickeln konnten. Mit der Dauer der Pandemie schwinden jedoch diese Ressourcen zunehmend und viele Menschen bzw. Familien kommen an die Grenzen ihrer Belastungsfähigkeit.

In Zeiten wie diesen die Familienberatung nicht ausreichend, sprich: zusätzlich, zu fördern, ist politisch unverantwortlich und perfide gegenüber den deutlichen Belastungen, denen Familien derzeit ausgesetzt sind! Schon in Zeiten der sogenannten „Normalität“ bedurfte es dringend einer Erhöhung des Budgets der geförderten Familienberatung; noch mehr jedoch in Zeiten einer weltweiten Pandemie und den daraus resultierenden familiären Krisensituationen.

In der Presseaussendung des Pressedienstes der Parlamentsdirektion vom 12.05.2020 (OTS0193) heißt es: „Mehrfach von den Abgeordneten angesprochen wurde auch die Bedeutung der Familienberatungsstellen gerade in Zeiten der Corona-Krise. Diese erhalten laut Aschbacher heuer mehr Budget als in den vergangenen Jahren.“ Diese Aussage der Familienministerin stellte sich als unrichtig heraus!

In der Parlamentskorrespondenz vom 19.05.2020 heißt es, dass Aschbacher im Familienausschuss des Parlaments erklärte, dass „in den Verhandlungen mit dem Finanzministerium eine Aufstockung des Budgets für 2021 das Ziel sei. Man stehe in Abstimmung mit Dachverband der Familienberatungsstellen.“ Fakt ist, dass die Ministerin das Budget für die Familienberatung nicht erhöhte und den Termin mit dem Dachverband Familienberatung kurzfristig abgesagt hat.

Die Forderung des Dachverbands Familienberatung ist in Zeiten der Corona-Krisenbewältigung noch eindringlicher geworden: **Um die psychosoziale Versorgung von Familien in Österreich zu gewährleisten, werden pro Jahr mindestens 15 Millionen Euro an Bundesförderung für die Familienberatung benötigt.**

Rückfragehinweis:

Dachverband Familienberatung

Mag. Johannes Wahala, Politischer Sprecher

Email: j.wahala@courage-beratung.at

Telefon: +43 1 585 69 60 bzw. +43 676 706 21 11